

Verantwortliche Redakteure.

Für den politischen Theil: G. Fontane, Für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach, Für den übrigen redakt. Theil: J. Hofffeld, sämtlich in Posen. Verantwortlich für den Inseratenteil: J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, Gul. St. 144b, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Bretzstr.-Eck, Otto Nisch, in Firma J. J. J. J. J., Wilhelmplatz 6, in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Jakob Hoff, Haasenstein & Vogler N.-O., G. J. Pade & Co., Zweibrücken.

Ar. 613

Donnerstag, 3. September.

Inserate, die schlagpfeilige Preizelle oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 20 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1891

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal, an den Sonntagen und Feiertagen folgenden Tagen schon nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Politische Uebersicht.

Posen, 3. September.

„Ueberaus glänzend“ ist nach der Meldung eines Deutschenbureaus das „süddeutsche nationalliberale Parteifest in Worms“ am Sonntag verlaufen. Wenn man sich demgegenüber die spaltenlangen Berichte der nationalliberalen Blätter genau ansieht, ist es schwer herauszufinden, wo dieser „Glanz“ denn eigentlich stecken soll. Sich bei schönem Wetter bei solcher Gelegenheit namentlich in einem an Ausflugsstagen so armen Jahre, wie das heurige, zusammenzufinden und die trunksuchtsgesegelte Zeit noch wacker auszunützen, ist am Ende keine patriotische Glanzleistung, und die Reden der Herren Buhl, Heyl, Dr. Marquardsen und Osann waren es noch weniger. Dieselben waren im Allgemeinen ziemlich düster in Bezug auf die internationale Lage gehalten, wozu feltamerweise die bekannte Merseburger Rede des Kaisers den Anlaß abgeben mußte, obgleich diese doch kaum etwas Beunruhigendes enthält. Wenn die Herren Buhl und Genossen es trotzdem für angebracht halten, „dunkle Wolken am politischen Horizont erscheinen zu lassen, so könnte man beinahe auf die Vermuthung gerathen, dieselben wollen jetzt schon ihre nationalliberale Schaar auf die Bewilligung gewisser in Aussicht stehender Mehrforderungen der Heeresverwaltung vorbereiten. Darauf deutet insbesondere die schöne Ermahnung hin, die Herr Dr. Osann den Wählern mit nach Hause gab: „wenn die schwere Rüstung auch drücke, so möge man sie doch geduldig tragen.“ Wie die letzten Reichstagswahlen zeigen, scheinen inbezug die Wähler nachgerade die Geduld zu verlieren. Herr Professor Marquardsen war in der glücklichen Lage, mitzutheilen, daß er erst kürzlich mit dem „Alt-Reichskanzler“ gesprochen habe, und daran anschließend, daß Fürst Bismarck „noch immer der getreue Eckart des deutschen Reiches“ sei. Wenn Herr Marquardsen das sagt, muß es ja wohl so sein; es läßt sich aber alsdann nicht in Abrede stellen, daß der „Alt-Reichskanzler“ die Eckart-Rolle in einer ganz eigenthümlichen Auffassung wiedergibt, die auch sehr vielen nationalliberalen Leuten keineswegs sonderlich zusagt. „Im Ganzen war der Verlauf des Festes ein ganz außerordentlich erhebender und hochbefriedigender,“ so schreibt z. B. der „Schwäb. Merk.“ Das freut uns aufrichtig für die Nationalliberalen, sie können ein bißchen Erhebung und Befriedigung nach den Erfahrungen und Enttäuschungen der letzten Zeit wirklich brauchen.

Fürst Bismarck benutzt den Sedantag dazu, um sich in den „Hamb. Nachr.“ einmal wieder an Menschen und Dingen zu reiben. Zunächst bespricht er die auswärtige Lage und giebt der Ansicht Ausdruck, daß die Kriegsgefahr zur Zeit nicht imminenter ist, als am vorigen 2. September. Die französisch-russischen Demonstrationen besäßen für uns nicht so sehr den Charakter einer Provokation, als den einer Gegendemonstration, welche durch die Umstände zu sehr erklärt würde, als daß sie ernstlich beunruhigen könnte. Die in diesem Satz enthaltene Spitze richtet sich, meint die „Freis. Ztg.“, offenbar gegen die letzte Reise Kaiser Wilhelms nach England. Als dann versucht Fürst Bismarck den letzten Schritt Rußlands in der Dardanellenfrage abzuschwächen, indem er der Uebersetzung Ausdruck giebt, daß Rußland seinen Plan: nach Schließung seines Hauptthores am Schwarzen Meer sich mit aller Macht auf Asien zu werfen, nicht durch abenteuerliche Unternehmungen in Europa zu Gunsten der französischen Republik gefährden werde. Frankreich dürfte schwerlich ohne Beihilfe Rußlands zum Friedensbruch schreiten, sondern sich mit Demonstrationen begnügen. Endlich sei das Risiko und die Verantwortung bei dem nächsten Kriege für jeden Staat so groß, die militärischen Ueberlegenheiten so wechselvoll und schwankend, daß schon hierin eine starke Gewähr für die Erhaltung des Friedens gefunden werden könne. — Nach diesem Exkurs auf das Gebiet der auswärtigen Politik kommt die innere Politik an die Reihe, zuerst die übliche Selbstbeweihräucherung, der dadurch Ausdruck gegeben wird, wie am Sedantage auf heilsame Weise in Erinnerung gebracht wird, wie Kaiser und Reich entstanden und wem sie zu danken seien. Von den großen Männern jener Zeit lebe nur einer noch. Die Blicke aller Deutschen, in deren Herzen Dankbarkeit, Treue und historischer Sinn nicht erloschen sind, seien auf ihn in stummer Verehrung und stummer Frage gerichtet. Nie sei Schweigen beredter gewesen. Fürst Bismarck erinnert alsdann an die bekannten Worte, die er gelegentlich der Uebersetzung des Ehrenhumpens in Rissingen an die deutschen Studenten richtete. Hieran knüpft sich ein rührseliger Appell zur Aufrechterhaltung der Reichsverfassung, der gerade in der Munde des Fürsten Bismarck am seltsamsten berührt. Zum Schluß werden Herrn v. Caprioli gute Lehren bezüglich der

auswärtigen Politik ertheilt. Die Bündnisse seien sehr werthvoll als Abschreckungsmittel für friedensstörende Absichten. Sei der Krieg aber ausgebrochen, so müsse sich ihr wirklicher Werth erst zeigen. Daran schließt sich mit leicht erkennbarer Spitze ein Ausfall gegen Oesterreich und England. In einem Kriege, der etwa zum Schutze österreichischer oder englischer Interessen unternommen würde, müsse der nöthige Furor teutonius fehlen, und damit wäre ein wesentlicher Faktor des Sieges uns genommen. Fürst Bismarck hofft, daß ein solcher Krieg an dem Widerstande des deutschen Volkes scheitern werde, das durchaus an der Ansicht festhalte, daß es in der europäischen Politik eine Menge Dinge giebt, die nicht die gefunden Knochen eines einzigen preußischen Grenadiers werth sind, und um die das Reich in einen Krieg zu stürzen verbrecherischer Leichtsinns wäre. — Es ist interessant, daß Fürst Bismarck seit seiner Entlassung sich zu der Ansicht bekehrt hat, daß dem deutschen Volke ein Bestimmungsrecht über Krieg und Frieden beizubehalten. Es ist dies eine von den wenigen Wandlungen, die weniger von politischem, als von psychologischem Interesse sind. Denn sie werden lediglich ausgesprochen, um gegen hochgestellte Persönlichkeiten indirekte Ausfälle vom Stapel zu lassen, gegen die man direkte Angriffe nicht wagt.

Gegen den Fürsten Bismarck polemisiert in scharfer Form ein Berliner Brief der offiziellen Wiener „Presse.“ Anlässlich des Auftretens des Fürsten nach seiner Entlassung seien nicht wenige geneigt geworden, nachträglich den deutschen Kaiser und das deutsche Reich zur Entlassung Bismarcks zu beglückwünschen. Es wird alsdann daran erinnert, welche Lobpreisungen Fürst Bismarck den staatsmännischen Talenten des damaligen Prinzen Wilhelm bei Lebzeiten Kaiser Wilhelms I. und während der Regierung Kaiser Friedrichs widmete. Der Artikel greift einen Satz aus der „Münch. Allg. Ztg.“ heraus, in welcher Fürst Bismarck versichert, daß er mit Kaiser Friedrich viel besser ausgekommen wäre, als mit dem jungen Kaiser, der die „große Zeit“ nicht mit erlebt habe. „Ja weshalb wurde dann“, so schreibt der Berliner Korrespondent des offiziellen Wiener Blattes, „nach dem Ableben Kaiser Friedrichs, als Fürst Bismarck noch Kanzler war, so sehr gegen die Memoiren des Kaisers polemisiert, weshalb wurde Professor Geffken verhaftet und für „Schwächung“ erklärt, wenn sich aus der großen Zeit jene Uebereinstimmung zwischen Kaiser Friedrich und Fürsten Bismarck ergeben hätte, von der man erst — ein Jahr nach der Entlassung des Fürsten etwas zu melden weiß?“ Die eigentliche Pointe des Artikels habe sich gegen den jungen Kaiser und gegen eine Politik gerichtet, die angeblich den Traditionen der großen Zeit widerspreche. Sozialistengesetz und Schutzölle und die heiklen Beziehungen zum Centrum, die lange nach 1871 erst in die Aktion des Regime Bismarck aufgenommen wurden, seien gewiß nicht in die „große Zeit“ gehörig, die der junge Kaiser noch nicht miterlebt hat. Es sollte eben, so heißt es in dem Blatte, das Prestige Bismarck wieder einmal gegen das Prestige des Monarchen in einer gesetzlich unfaßbaren Weise ausgespielt werden. Nicht Majordomus, aber eine Art Vormund des jungen Kaisers habe Fürst Bismarck zu sein geglaubt, und dieser Irrthum des Alters hat seinen Fall verursacht.

In den guten alten Zeiten, als Finnland noch bei Rußland „lieb Kind“ war, geschah es, daß der guten Stadt Tammerfors seitens der ihr wohl gewogenen russischen Regierung das unantastbare Privilegium ertheilt wurde, bis zum Jahre 1905 zollfrei Waaren aus dem Auslande einführen zu dürfen. Dieses Privilegium ist es nun, welches jetzt plötzlich die Verhandlungen über die finnländische Zollreform ein wenig ins Stocken gebracht hat. Der „St. Petersburger Zeitung“ schreibt man darüber folgendes: Die russische Regierung ist erbötig, das Privilegium in Geld abzulösen, womit sich auch ein Theil der Tammerfors'er Fabrikanten einverstanden erklärt hat; ein anderer Theil dagegen lehnt jede Vereinbarung ab oder stellt dafür die ungeheuerlichsten Forderungen. So soll z. B. die von der russischen Regierung zu zahlende Entschädigung nicht nach dem alten finnländischen Zolltarif bemessen werden, sondern nach dem neuen russischen, d. h. beispielsweise wollen die Herren in Tammerfors, daß sie für Wolle, die nach dem finnländischen Zolltarif zollfrei war, nach dem neuen russischen aber 1 Rubel 20 Kopeken Gold für das Pud zahlt, diese Entschädigung erhalten, wodurch die übrigen Fabrikanten in Finnland selbst aufs empfindlichste geschädigt würden, da sie nicht nur den neuen Zoll zu tragen hätten, sondern auch noch einen Theil ihrer Konkurrenz durch Extrapremien besonders gestärkt sähen. Von der Lösung der Tammerfors'er Angelegenheit wird es abhängen, in welcher

Richtung man in Petersburg in der finnländischen Zollreform Frage vorgehen wird. Bis dahin läßt sich hierüber noch nichts bestimmen.

Mit dem 1. September vollzog sich in England durch das Inkrafttreten der neuen Volksunterrichtsbill eine wichtige Umgestaltung auf dem Gebiete des Unterrichtswesens. Die Vorlage nahm einen Hauptplatz in dem Reformprogramm des gegenwärtigen Kabinetts ein und die Regierung betrieb daher die Förderung des Projekts mit allem Nachdruck. So gelang es den anfänglichen Widerstand des Oberhauses zu brechen und die Vorlage passierte in rascher Aufeinanderfolge sämtliche Lesungen in beiden Häusern. Die schnelle und präcise Erledigung eines verhältnißmäßig so umfangreichen Gesetzes machte dem englischen Parlamentarismus alle Ehre. Das Gesetz in seiner vorliegenden Gestalt läuft seiner praktischen Wirkung nach darauf hinaus, daß der Elementarunterricht für etwa Vierjüngel aller Kinder im Alter von 3—15 Jahren völlig unentgeltlich wird. Merkwürdig ist nun dem gegenüber nach unseren Begriffen die Art der Formulierung des Gesetzes. Denn während wir in einem § 1 das Prinzip der Unentgeltlichkeit des Unterrichts festgesetzt und sodann daraus die weiteren Konsequenzen gezogen haben würden, behält das englische Gesetz die Unentgeltlichkeit prinzipiell bei und begnügt sich damit, den Staats- und Privatschulen gleichmäßig einen nach der Kopfszahl der Schüler berechneten Staatszuschuß anzubieten, den anzunehmen allerdings keine Schule formell gezwungen, den aber auch sicher keine ausschlagen wird, sobald die Unentgeltlichkeit des Unterrichts auf diesem Umwege erreicht wird. Der Staatszuschuß beträgt 10 sh. pro Jahr und Kopf für alle Schulkinder zwischen 3 und 15 Jahren. Die Regierung hatte der Ersparniß halber 4 und 14 Jahre vorgeschlagen, drang aber mit dieser Bestimmung nicht durch. Jede Staats- und Privatschule, die darum nachsucht, erhält den Zuschuß. Die Gewährung desselben ist nur an zwei Bedingungen geknüpft: einmal muß der Unterricht gewissen regierungsseitig festgesetzten Minimalanforderungen entsprechen, was durch staatliche Aufsichtsräthe konstatiert wird und sodann darf nicht der Religionsunterricht einer besondern Konfession oder Sekte obligatorischer Lehrgegenstand sein. In letzterer Beziehung gilt ein Gesetz von 1870, das solchen Schulen die Theilnahme an staatlichen Zuschüssen unter sagt. Der Zuschuß von 10 sh. ist so gewählt, daß dadurch die fast völlige Unentgeltlichkeit des Unterrichts, wie bereits bemerkt, erzielt wird, denn auf die Erhebung der etwa überschießenden Differenz wird jede Schule schon der Kosten wegen verzichten, sobald dieselbe nicht eine entsprechende Höhe erreicht. Dies wird aber nur bei etwa ¹/₅ aller hier in Betracht kommenden Schulkinder der Fall sein. Eine wichtige Klausel des Gesetzes autorisiert außerdem die Direktoren, die mehrere Privatschulen zugleich leiten, aus ihren verschiedenen Zuschüssen einen gemeinsamen Fonds zu bilden und daraus nach eigenem Belieben die Zuschüsse auf ihre einzelnen Institute zu vertheilen. Diese im Laufe der Verhandlungen eingefügte Bestimmung ermöglicht es, Schulen beider Kategorien, unentgeltliche Volks- und entgeltliche höhere Schulen, einer und derselben Leitung zu unterstellen. Es dürfte bei dieser Gelegenheit angebracht sein, noch einen kurzen Rückblick auf die früheren Zustände auf diesem Gebiete zu werfen. Bis 1890 galt das Prinzip, daß die staatlichen Zuschüsse auf Grund der von den Schulen zu Tage geförderten Resultate bewilligt wurden. Dieses System führte aber zu einer schädlichen Bevorzugung der großen, zahlreich besuchten Schulen auf Kosten der kleineren, weniger frequentirten. In Folge dessen wurde das Gesetz von 1890 erlassen, das sowohl auf eine größere Elasticität des Kursus und Lehrplans wie auf vermehrte Zahl und Tüchtigkeit des Lehrpersonals Bedacht nahm. Stellt man hiermit den neuesten wichtigen Schritt, der auf dem Gebiete des Volksunterrichts geschehen ist, das jetzt in Kraft getretene Gesetz zusammen, so darf man mit einiger Sicherheit annehmen, daß die Lehrthätigkeit in den englischen Volksschulen nunmehr einen neuen, kräftigen Aufschwung nehmen und insbesondere die bisher sehr vernachlässigten kleineren ländlichen Schulen mehr und mehr auf die Höhe ihrer städtischen Kolleginnen gelangen werden. Wenn diese Erwartungen durch den Erfolg eine Rechtfertigung erfahren, so wird aller Lärm der Gegner über die in der That äußerst beträchtlichen Kosten des Gesetzes gegenüber seinen segensreichen Wirkungen verstummen müssen.

Deutschland.

□ Berlin, 2. Sept. Der dritte Tag ist heute seit dem Auftauchen der vielberufenen „Standard“-Meldung aus Konstantinopel verflossen, und noch immer fehlt die erwartete

